#leftlessons Staffel 3, Nr.1 – Vorbereitung

Einführung in Geschlechtergerechtigkeit

mit Prof.‘in em. Uta Meier-Gräwe

Uta Maier-Gräwe ist eine Familiensoziologin, die in Ost-Berlin studiert hat. Sie ist seit der „Wende“ vielfach als Beraterin in familien-, frauen-, gleichstellungs- und bildungspolitischen Fragen tätig gewesen, war Bundesvorsitzende von Pro Familia, war Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung. Sie hatte seit 1994 den Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft am Institut für Wirtschaftslehre der Haushalts- und Verbrauchsforschung der Justus-Liebig-Universität Gießen inne (bis 2018). Sie ist Mitglied der Sachverständigenkommission für den Zweiten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung und in der Enquete-Kommission „Zukunft der Familienpolitik in NRW“ der nordrhein-westfälischen Landesregierung.

Wir wollen mit ihr diskutieren:

- Was sind die Ziele von „Geschlechtergerechtigkeit“?
- Was in unserem Gesellschaftssystem verhindert Geschlechtergerechtigkeit strukturell? Welche Hindernisse sind mentaler, kultureller ideologischer Art?
    - Wie hängen diese Ebenen miteinander zusammen?
- Ist Geschlechtergerechtigkeit im Kapitalismus möglich?
- Oder ist sie im Kapitalismus dazu verdammt, Zumutungen (Konkurrenz, Verwertungsdruck, Flexibilisierung, Unsicherheit, kulturelle Vereinheitlichung…) auf alle Geschlechter gleichmäßig zu verteilen?
- Welche Erkenntnisse fördert die Pandemie über die tatsächliche Verfasstheit des Verhältnisses von Männern und Frauen zu tage?

Was ist „Geschlecht“?

Ein immer wieder aufflammender Streit ist: Wie verhalten sich Geschlechter- bzw. Gender-Fragen (oder andere Problemstellungen der horizontalen Gleichberechtigung) zu der

„Sozialen Frage“ oder schlicht: der Klassenfrage? Wie trägt Gleichstellungspolitik dazu bei, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden. Folgende Prämissen wären mindestens zu bedenken:

Klassen. Von den bestehenden Klassen ist eine – sehr kleine! – herrschend. Sie verfügt über das Kommando über fremde Arbeit und Lebensmöglichkeiten von rund 7 Milliarden Menschen. Sie übt es über Eigentumstitel aus: An Patenten (zum Beispiel auf Impfstoffe oder Saatgut), an Aktien, Grundeigentum, Mietwohnungen, Energiequellen, Wegenetzen… Diese Herrschaft betrifft alle Menschen weltweit.

Geschlecht. Seit jüngstem ist (nicht nur) in Deutschland in amtlichen Dokumenten und Verwaltungsvorgängen neben die Geschlechtsbezeichnungen „männlich“ und „weiblich“ auch die Bezeichnung „divers“ getreten. Das ist Ergebnis breiter wissenschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Kritik einer hetero-normativen Kultur, die nur klischeehafte Vorstellungen von „Mann“ und „Frau“ zulässt. Aufgrund einer erfolgreichen Verfassungsklage musste der Staat diese Praxis ändern.[1] Das heißt aber nicht, dass es keine biologisch eindeutigen Geschlechtsmerkmale gäbe:

„Tatsächlich existieren menschliche Körper in zwei deutlich voneinander unterscheidbaren Varianten: Der „typisch weibliche“ Mensch hat zwei X-Chromosomen, funktionierende Eierstöcke, die eine weibliche Pubertät sicherstellen, Eileiter, die zu einer Gebärmutter führen, sowie eine Klitoris, deren sichtbarer Teil bei der Geburt kürzer als einen Zentimeter ist. Der „typisch männliche“ Mensch hingegen hat XY-Chromosomen, Hoden, die Sperma produzieren, das über den Samenleiter zur Harnröhre transportiert und außerhalb des Körpers ejakuliert werden kann, sowie einen Penis, der bei der Geburt mindestens 2,5 Zentimeter lang ist. 98,3 Prozent aller Neugeborenen fallen laut einer wissenschaftlichen Metastudie exakt in eine dieser beiden Gruppen. Wollte man den reproduktiven Variantenreichtum menschlicher Körper in einem Bild darstellen, sähe dies also nicht aus wie eine Skala, sondern eher wie eine Langhantel: zwei große Kreise an den Enden, die von einer dünnen Stange von insgesamt nur 1,7 Prozent aller Menschen verbunden werden.“[2]

[1] Seit Änderung des Personenstandsgesetzes 2019 haben sich bei den Standesämtern in Deutschland knapp 300 Personen auf das dritte Geschlecht umschreiben lassen. Die Zahl entspricht 0,00043 Prozent der volljährigen Bevölkerung. Ähnlich sieht es bei Neugeborenen aus (…). 2019 gab es elf Fälle bei bundesweit 780.000 Geburten.

[2] Antje Schrupp: Der Kampf ums Geschlecht; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/2021.

Gender

Als Pointe und Wendung der feministischen Kämpfe aus zwei Jahrhunderten hat 1990 die US-amerikanische Soziologin Judith Butler eine einflussreiche neue Theorie geschaffen: Gender-Theorie. Mit dem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“ behauptete sie – mit zahlreichen bedenkenswerten Argumenten, dass das körperliche Geschlecht (sex) mit dem subjektiv-tatsächlichen Geschlecht (gender) nichts zu tun hätte. Gender sei ein kulturelles Konstrukt, ein Ergebnis von Sprechakten und anderen kulturellen Bezugnahmen. Zahlreiche schon ältere Diskussionen aufgreifend hat diese Theorie einen erheblichen emanzipatorischen Schub entfalten können, weil bis dahin für „natürlich“ gehaltene, hetero-normative, maskulinistische, leistungsorientierte und spießige Rollenklischees in einer viel breiteren Öffentlichkeit auf ihre Herrschaftsfunktion und Bedeutung kritisch diskutiert wurden.

Anders als viele ihrer Anhänger:innen trennt Judith Butler die Gender-Frage explizit nicht von der sozialen Frage. Auch sie geht davon aus, dass mehr soziale Gleichheit für eine Gesellschaft ohne Gewalt und Unterdrückung extrem wichtig ist. In der Gendertheorie bekommt Gender aber einen metaphysischen, von den konkreten historischen und sozio-ökonomischen Gesamtzusammenhängen losgelösten Charakter. Im strengen Wortsinn „verkehrt“ wird dies dann, wenn die gesellschaftlichen Grundstrukturen scheinbar nichts mehr mit Interesse, Produktion, Klassenkämpfen etc. zu tun haben sollen, sondern nur noch „Ideen“, „Frames“, „Konstruktionen“ oder „Betrachtungsweisen“ entspringen.

Staat. Wir haben also gesehen, dass der Staat – und zwar anhand der Biologie – entscheidet, wer welches Geschlecht hat.

Und der Staat ist zudem jeweils auf Höhe des sozialen Konfliktes zwischen Herrschenden und Beherrschten (Klassenkämpfe) eine Organisation zum Schutz von Eigentumsrechten.

Er erzeugt weder die Klassen noch die Geschlechter. Aber offenbar entscheidet er erheblich darüber, welche Bedeutung sie in unserer Gesellschaft haben. Der bürgerliche Staat scheint ein Interesse daran zu haben. Geschlechtszuschreibung ist nicht zuletzt in Hinblick auf Eigentumstitel und soziale Rechte relevant.
Wäre dies nicht so, könnte er sich möglicherweise damit begnügen, seine Bürger:innen MENSCHEN sein zu lassen, anstatt sie in Geschlechter zu unterteilen.

Frauenrechte und Menschenrechte

„… Die Frau hat das Recht, das Schafott zu besteigen. Gleichermaßen muss ihr das Recht zugestanden werden, eine Rednertribüne zu besteigen. …“
(Olympe de Gouges: Erklärung der Rechte der Frau und der Bürgerin; Art. 10; 1791)

1793 wurde die französische Revolutionärin Olympe de Gouges hingerichtet. Ihre „Erklärung“[3], die sie im Verlauf der Revolution zur Deutung und Erweiterung der Menschen- und Bürgerrechte erarbeitet hatte, verschwand unter dem Druck der Konterrevolution (1793 wurden Frauen aus der politischen Öffentlichkeit ausgeschlossen; die liberale Familien- und Ehegesetzgebung von 1792 wurde 1795 wieder aufgehoben) in den Archiven. Die bürgerliche Revolution brachte nicht die politische Freiheit aller Bürger:innen, sondern die Freiheit des Eigentums und Freiheit durch Eigentum – unter dem Vorrang von besitzenden Männern. Frankreich führte das Frauenwahlrecht erst 1944 ein (Deutschland 1918).

Trotzdem sind dieses historische Dokument und die Reaktion darauf Beleg dafür, dass mit den bürgerlichen Revolutionen die Menschenrechte nicht nur als Rechte weißer Männer eingefordert wurden. Es wäre seither möglich gewesen, sie zu verwirklichen.

Rechtlich sind wir heute weiter. Nicht nur, dass es im Grundgesetz in Artikel 3 Absatz 2 heißt: *„Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“*

Auch das internationale Recht hat seit dem Zweiten Weltkrieg riesige Fortschritte gemacht. Die Charta der Vereinten von 1945; Art. 1:

„Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: (…)

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen; (…)“

[3] Olympe de Gouges: Erklärung der Frauen und der Menschenrechte, 1791; unter: https://www.europa.clio-online.de/quelle/id/q63-28390

1946 wurde in den Vereinten Nationen die UN-Frauenrechtskommission gegründet. In Folge ihrer Arbeit und weltweiter sozialer Bewegungen wurde 1979 die UN-Frauenrechtskonvention von der Generalversammlung verabschiedet. Sie trat 1981 in Kraft. Seit der Verabschiedung haben 189 Staaten die Konvention ratifiziert, Deutschland bereits im Jahre 1985. Die Vorgaben sind damit in Deutschland innerdeutsches Recht im Rang eines Bundesgesetzes.

Mit den Gleichstellungsgesetz von 2015 hat sich die Bundesrepublik außerdem verpflichtet:

„(1) Ziel des Gesetzes ist es,

1. die Gleichstellung von Frauen und Männern zu verwirklichen,
2. bestehende Benachteiligungen auf Grund des Geschlechts, insbesondere Benachteiligungen von Frauen, zu beseitigen und künftige Benachteiligungen zu verhindern sowie
3. die Familienfreundlichkeit sowie die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Berufstätigkeit für Frauen und Männer zu verbessern.

(2) Nach Maßgabe dieses Gesetzes wird die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern gefördert. Strukturelle Benachteiligungen von Frauen sind durch deren gezielte Förderung zu beheben.

(3) Bei der Erreichung der Ziele sind die besonderen Belange behinderter und von Behinderung bedrohter Frauen im Sinne von § 2 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zu berücksichtigen. Im Übrigen gilt § 2 Satz 2 des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Ziele, wenn es um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Beseitigung von Frauenarmut, von Gewalt gegen Frauen etc. geht, noch nicht realisiert sind. Dies hat soziale und strukturelle Ursachen (s.u.). Die Frauenbewegung hat sich neben der Klassenfrage aber auch immer fragen müssen: Woher kommen die unterdrückenden Rollenbilder? Und: Warum halten sie so lange?

„Feministische Theorien verfahren dabei keineswegs so simpel, wie AntifeministInnen unterstellen, die nicht selten klischeehafte oder gänzlich uninformierte Vorstellungen von Feminismus hegen – beispielsweise dass Frauen stets ausschließlich als Opfer und Männer immer nur als Täter beschrieben werden, dass glückliche Mütter von unglücklichen kinderlosen Frauen in Beruf und Politik getrieben werden, dass "echte" Frauen mit Freiheit

und Befreiung wenig anfangen können und Feministinnen ein eklatantes Problem mit biologischer Weiblichkeit haben sowie dass Feminismus sich durch die Realisierung aller Forderungen mittlerweile ohnehin erledigt hat. Tatsächlich interessieren sich Feministinnen seit der Französischen Revolution aber für das komplexe, noch keineswegs erledigte, nicht selten bedrückende Zusammenspiel von Herrschenden und Beherrschten.

Am prägnantesten hat das Doppelmotiv in mehr als 200 Jahren Simone de Beauvoir (1908–1986) analysiert. Ausgehend von der philosophischen Vorstellung des Existenzialismus, dass jedes menschliche Wesen sich selbst als autonomes, selbstbestimmtes, auf die gemeinsame Welt hin orientiertes Subjekt erleben, fühlen und denken will, beschreibt de Beauvoir 1949 die Zerrissenheit von Frauen zwischen den – allen Menschen eigenen – autonomen Strebungen und einer Existenz, die durch gesellschaftliche Zwänge, erzieherische Maßnahmen und feindselige Stereotype ein Leben in Freiheit verhindert. Während sich Jungen und Männer die Welt als gemeinsame Heimat gestaltend aneignen, werden Mädchen und Frauen auf das Gefallen-Sollen und ein von Anderen abgeleitetes, dumpfes Leben verwiesen. Den existenziellen Konflikt, den alle menschlichen Wesen in sich verspüren, das Hin-und-Her-Gerissen-Sein zwischen Mut und Lust zur Freiheit einerseits, Angst und Flucht vor ihr und ihren anstrengenden Herausforderungen andererseits, sollen die Einen zur Seite des Muts, die Anderen zur Seite der Angst hin auflösen. Während die Einen sich in Freiheitsabenteuern und Weltgestaltung ergehen, verlieren sich die Anderen in Freiheitsflucht und Bequemlichkeit. Frauen und Männer verübeln sich dies wechselseitig. Hart gegen das eigene Geschlecht schreibt de Beauvoir: "Zweifellos ist es bequemer, blinde Sklaverei zu erdulden, als an seiner Befreiung zu arbeiten …". So werden Frauen "gemacht", sie sind keineswegs vom biologischen Anbeginn ängstliche, mutlose, sklavische Menschen. In ihrem gesellschaftlichen Gewordensein bleiben Frauen in ihren Möglichkeiten, den weltverändernden Zielen und ihrer Zugewandtheit anderen Frauen und Männern gegenüber weit zurück. Statt in Freiheit und Würde leben Frauen in Unfreiheit und Entwürdigung, wie Beauvoir in oft schwer erträglicher Schärfe beschreibt. Nur die direkte personale Gewalt nimmt de Beauvoir zu Recht von der (erzwungenen) Zustimmung aus."[4]

[4] Barbara Holland-Cunz: „Was ihr zusteht. Kurze Geschichte des Feminismus."; in APuZ 17/2018.

Frauenrechte und Gleichheit – Eine marxistische Perspektive

„Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst.
Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andrerseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person.
Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine »forces propres« |»eigene Kräfte«| als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ [5]

In der marxistischen Philosophie wird von folgendem ausgegangen: Als es erstmals dauerhaft gelang, in größerem Umfang Mehrprodukt zu erwirtschaften (Sesshaftigkeit, Ackerbau, Viehzucht…), gewann durch die besondere Aneignung dieses Mehrprodukts seitens der Männer die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung an sozialer Bedeutung. Da sich ontogenetisch herausgebildet hatte, dass der Mann vorrangig die Verfügung über die gesellschaftliche Produktion realisierte, während die Frau zunehmend einseitig Reproduktionsaufgaben wahrnahm, gelang der Mann in die einflussreichere soziale Position. Erst in dieser Etappe der Menschheitsentwicklung bildet sich nach und nach anhand der biologisch-kulturellen Unterschiede zwischen Männern und Frauen auch eine relevante soziale Ungleichheit heraus. Marx und Engels sprechen in diesem Zusammenhang von dem „ersten Klassengegensatz, der in der Geschichte auftritt“ (Friedrich Engels: Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates, MEW 21).

Die Benachteiligung von Frauen geht also mit der Herausbildung von Klassengesellschaften einher. Sie ist für deren Erhalt funktional; deshalb wird die Frauenunterdrückung als anti-egalitäres Verhältnis aus einer älteren geschichtlichen Formation im Kapitalismus „mitgeschleppt“. Sie ist vorwiegend funktional für die Herrschenden, weil im Kern alle Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse auf dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrprodukts beruhen.

[5] Karl Marx: Zur Judenfrage, in: Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976. S. 370.

Mit der Durchsetzung des Kapitalismus erlangte die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und Vergesellschaftung, die funktionale Trennung zwischen Produktion und Reproduktion (zwischen Erwerbsarbeit und Hausarbeit), d.h. die Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit, eine neue Qualität: Das Leitbild wurde die bourgeoise Ehe und Familie, in der die Frau dem Haushalt vorstand und darin eine dienende Funktion dem Mann gegenüber inne hatte, der seinen Handels- und Industriegeschäften nachging.

Obgleich am Beginn der Industrialisierung die Arbeiterschaft zuweilen überwiegend weiblich war und Marx und Engels schon deshalb von der gemeinsamen Befreiung von Mann und Frau als Proletariat ausgingen, ist es dem Kapital gelungen, die Kämpfe dafür abzuwehren und zugleich für die Hebung des Lebensstandards der Subalternen zu nutzen. Damit wurden auch die proletarischen bzw. kleinbürgerlichen Frauen aus der Erwerbstätigkeit gedrängt. Dies war (und ist) für das Kapital funktional, weil es die Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft (Reproduktion) somit in den privat-häuslichen Bereich abschieben und er individuellen Selbstsorge überlassen konnte und kann. Diese Tendenz hat mit der Zurückdrängung dagegen erstrittener sozialstaatlicher Errungenschaften im Neoliberalismus eine Wiederbelebung erfahren.

Mit dieser sozio-ökonomischen Funktion der bürgerlichen Kleinfamilie sind unzählige „Bild-der-Frau“-Erzählungen verbunden, die die Menschen von der solidarischen Gestaltung der Gesellschaft ablenken sollen: Im Privatbereich, häuslich und harmonisch eingerichtet, sei das „Glück“, die „Freiheit“, „Vertrauen“ und „Harmonie“ zum Ausgleich des „harten Tages“ zu suchen und bestenfalls noch ein ergänzende Freizeittätigkeit wahrzunehmen. Die persönliche Entfaltung wird damit in die Enge zwischenmenschlicher Nahräume verschoben und verkümmert. Die Alternative wäre, sie durch gemeinsame Gestaltung der Gesellschaft zum Wohle der Menschheit zu realisieren. Jedenfalls bleiben Macht und Herrschaft des Kapitals von privat realisierter „Bedürfnisbefriedigung“ der Bevölkerung völlig unberührt.

Dies gilt im Übrigen auch in Homo-Ehen, Patch-Work-Familien oder anderen – scheinbar nicht konservativen – Lebensformen, weil auch hier die private Einrichtung der gemeinsamen Gesellschaftsveränderung als scheinbar „natürliche“ Lebensform vorgezogen wird. Die wahrgenommenen „Rollen“ sind dabei heute nicht mehr so eng biologisch-kulturell vorbestimmt und sie können auch mal getauscht werden. Ihre herrschaftserhaltende Funktion aber bleibt.

Für die kapitalistische Ausbeutung von Vorteil ist zusätzlich, dass die so in den Privatbereich gedrängten Bevölkerungsteile als „Reserve-Armee“ für den Arbeitsmarkt zur Verfügung

stehen und auch weidlich zur Erhöhung des Konkurrenzdrucks (z.B. im Niedriglohnsektor) ausgenutzt werden. Auch lässt sich so aus wenigen Beschäftigten mit hohen Arbeitszeiten mehr Profit quetschen, anstatt Vollbeschäftigung bei kurzen Arbeitszeiten, mit Sozialversicherung und guten Löhnen zu ermöglichen.

In unserer Zeit, in der das Überleben und die Entwicklung der Menschheit davon abhängt, dass wir alle qualifiziert und engagiert die Profitdominanz beseitigen und durch (global) solidarische und demokratische Organisationsformen der Gesellschaft ersetzen, ist daher „mehr Zeit für die Familie“ angesichts von Arbeitsdruck, Entfremdung, Perspektivlosigkeit und Überlastung in der häuslichen Care-Arbeit vielleicht ein nachvollziehbarer Wunsch. Aber: die Flucht ins Private entfernt uns von jeder notwendigen Problemlösung und vor allem von der umfassenden Entfaltung aller Menschen, die immer die demokratische Bestimmung über Ökonomie und Politik einschließt.

Egal ob mit Karl Marx oder Judith Butler lässt sich in dieser historischen Situation jedenfalls erkennen, dass eine Gleichheit aller Menschen, die sich ins ökonomisch-soziale erstreckt und in demokratischer Selbstbestimmung verwirklicht, die Voraussetzung der Überwindung jeglicher (strukturellen) Gewalt ist.

Der Mensch sei dem Menschen ein Freund!

Gleichstellung und Neoliberalismus: Gleichheit in der Konkurrenz

Das krasse Gegenteil eines humanistischen Egalitarismus im „feministischen Diskurs“ findet sich bei öffentlichen Persönlichkeiten wie Alice Schwarzer, Ursula von der Leyen, Christine Lagarde oder Susanne Klatten. Sie alle müssten als Beweise dessen, dass die Forderung nach „Frauen in Führungspositionen“ problematisch ist, ausreichen. Die Organisation weltweiter Ungleichheit und pure kapitalistische Ausbeutung sind nicht weniger hässlich oder gewaltsam, nur weil sie „weiblich“ sind (was immer das sei).

Sie stellen uns aber vor den Widerspruch, dass feministische Kampferfolge, die sich in Gender-Mainstreaming und Diversity-Konzepten ausdrücken und auf der formalen Rechtsgleichheit und kulturellen Diskriminierungsabwehr beruhen zu bestenfalls widersprüchlichen Ergebnissen führen.

Nancy Fraser formuliert das so: *„Der Neoliberalismus spinnt wahrlich Stroh zu Gold, wenn er das Ganze zu einem Narrativ der Frauenermächtigung umdichtet. Er beruft sich auf die feministische Kritik des Familienernährer-Haushalts, um Ausbeutung zu rechtfertigen, und*

spannt so den Traum der Frauenemanzipation vor den Wagen der Kapitalakkumulation. (…) Im Zeitalter des staatlich organisierten Kapitalismus kritisierten wir zu Recht eine Politikvision mit Scheuklappen, die sich derart massiv auf klassenbedingte Ungleichheit fokussierte, dass sie „nichtökonomische" Ungerechtigkeiten wie häusliche Gewalt, sexuelle Nötigung und im Zusammenhang mit der Reproduktionsarbeit stehende Unterdrückung von Frauen gar nicht in den Blick bekam. Mit der Zurückweisung des „Ökonomismus" und der Politisierung „des Privaten" ging es den Feministinnen darum, die politische Agenda zu verbreitern und den Kampf gegen Hierarchien einzubeziehen, die auf kulturell konstruierten Geschlechterunterschieden basieren. Das hätte zu einer Ausweitung des Kampfes um Gerechtigkeit führen sollen, so dass dieser sowohl Kultur als auch Ökonomie umfasst hätte. Tatsächlich aber führte es zu einer einseitigen Konzentration auf die „Geschlechtsidentität" zu Lasten elementarer Überlebensfragen. Schlimmer noch: Die identitätspolitische Wende des Feminismus passte nur zu gut zum Aufstieg eines Neoliberalismus, dem es vor allem darum ging, den Gedanken der sozialen Gleichberechtigung aus dem öffentlichen Gedächtnis zu tilgen. Das heißt, wir haben die Kritik des kulturellen Sexismus ausgerechnet in dem Augenblick verabsolutiert, in dem die Verhältnisse eine energische Besinnung auf die Kritik der Politischen Ökonomie erfordert hätten."[6]

In ihrer Kritik des „progressiven Neoliberalismus" formuliert sie als bündnispolitische Zielstellung für eine „Neue Linke":

„Das bedeutet nicht, die brennenden Sorgen über Rassismus oder Sexismus zu unterdrücken. Es bedeutet allerdings aufzuzeigen, auf welche Weise diese zählebigen historischen Unterdrückungsmechanismen im finanzialisierten Kapitalismus neue Felder erobern und neue Ausdrucksformen finden. Wir sollten das falsche Nullsummen-Denken, das den Wahlkampf beherrschte, überwinden. Dazu müssen wir die Leiden von Frauen und Schwarzen Menschen mit jenem Leid in Beziehung bringen, das so viele Trump-Wähler quält. Auf diese Weise könnte eine revitalisierte Linke das Fundament für eine machtvolle neue Koalition legen, die sich vornimmt, Gerechtigkeit für alle zu erkämpfen."

Dies ist auch in Europa wegen der erstarkenden Rechtspopulisten brennend aktuell. Außerdem ist es für die Linke eine unproduktive Blockade, wenn identitär argumentierende Gruppen die Relevanz der sozialen Frage unterschätzen und sich – vice versa – mit

[6] Nancy Fraser: Neoliberalismus und Feminismus. Eine gefährliche Liaison; in: Blätter für dt. und int. Politik, 12/2013.

etatistischen Sozialpolitiker:innen, die an die Stimmigkeit ihrer kulturellen „Normalität“ (hard working people) glauben, verkeilen.

Auf die Probleme des neoliberalen Feminismus geht auch die Baseler Professorin Christa Wichterich ein. „Nun konkurriert mal schön!“ charakterisiert sie das Ergebnis des Kampfes um erleichterten Zugang von Frauen zu Kleinst-Krediten. Die Forderung basiere zwar auf liberalen Ideen der Geschlechtergerechtigkeit. Doch sei es falsch, dass Frauen so in die Rolle individueller Akteurinnen auf dem globalen Weltmarkt gedrängt werden: *„Hinter den Marktrollen verschwinden die konkreten ökonomischen Tätigkeiten von Frauen als Bäuerin, Kleinhändlerin, Dienstleisterin oder Exportarbeiterin. (…) Die Botschaft, das Gleichstellung nur über Märkte und deren neoliberale Spielregeln erfolgen kann, stellt eine Ökonomisierung der Geschlechterfrage dar und lässt kein Recht auf andere Formen des Wirtschaftens zu. Die feministische Politisierung der Geschlechter- und der Klassenfrage verwindet im Windkanal des Marktzugangs. Die Gretchen-Frage für Geschlechterverhältnisse, nämlich das Verhältnis von Produktion und sozialer Reproduktion, bezieht diese „smarte Ökonomie“ der Weltbank genauso wenig ein wie jedes andere neoklassische Ökonomiemodell.“*[7]

Praktisch schlägt Fraser vor:

- die Care-Arbeit ins Zentrum einer Debatte um Wert, Arbeitszeit, Lohn und Partizipation zu stellen,
- nicht fixiert auf Status (z.B. mehr Frauen in den Aufsichtsräten) zu bleiben, sondern ökonomische Gerechtigkeit ins Zentrum des Kampfes zu stellen und
- eine (für Marktradikale leicht zu enternde) Bürokratie-Kritik mit den Zielen umfassender demokratischer Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen zu verbinden.

Keine Kleinigkeit. Die dritte Staffel der #LeftLesson möge uns in diesem Sinne handlungsfähiger machen.

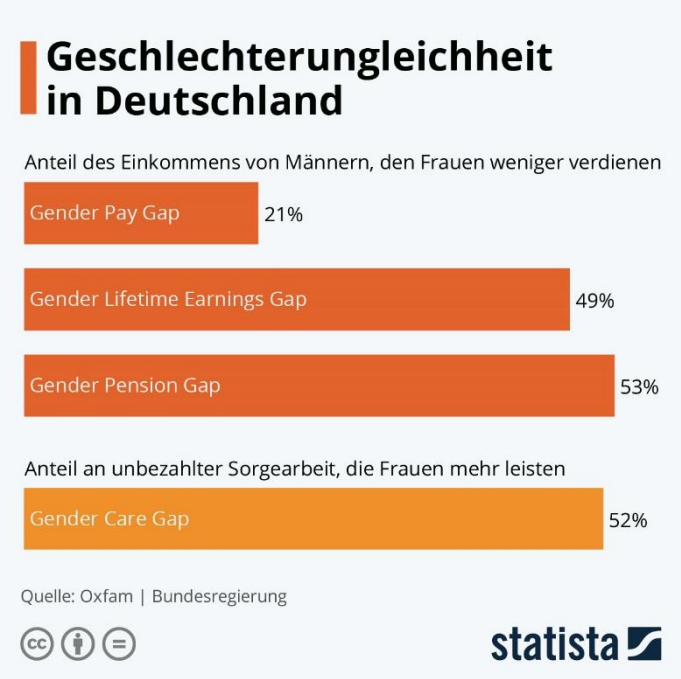
[7] Christina Wichterich: Globalisierung und Geschlecht. Über neoliberale Strategien zur Gelichstellung; unter: http://www.femme-global.de/publikationen/

Einige Daten

Lebenserwartung von Männern und Frauen in Deutschland

2020 wurden Männer rund 78 und Frauen rund 83 Jahre alt.

Ökonomische Ungleichheit



Vermögensunterschiede weltweit

Laut „UN-Woman“ verdienten weltweit vor der Pandemie Frauen durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer, und sie müssen häufiger prekäre oder schlecht bezahlte Arbeiten verrichten.

Frauen sind zudem deutlich schlechter sozial abgesichert und haben seltener Anspruch auf eine Rente – fast 65 Prozent aller Menschen, die im Rentenalter keine Bezüge bekommen, sind Frauen.

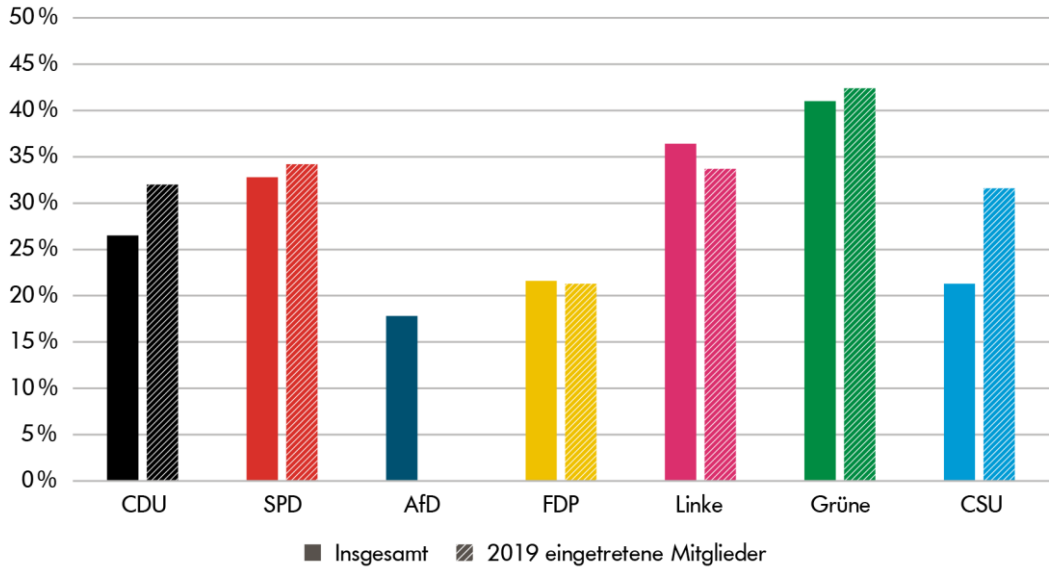
Laut Oxfam besitzen Männer weltweit 50 Prozent mehr Vermögen als Frauen. Die zehn reichsten Menschen auf der Welt sind Männer. Ihr Vermögen ist während der Pandemie (von Feb. 2019 bis Dezember 2020) um fast eine halbe Billion US-Dollar auf 1,12 US-Dollar gestiegen. Sie verfügen über mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung.

Analphabetismus

Laut Daten der UNESCO sind 750 Millionen Menschen weltweit Analphabeten (2016). Davon sind zwei Drittel Frauen.

Politische Partizipation von Frauen in Deutschland

Abbildung: Frauenanteil unter allen Parteimitgliedern und Neumitgliedern



Stichtag: 31. 12. 2019; Neumitglieder der AfD: keine Angaben; Reihung der Parteien nach ihrem Zweitstimmenergebnis zur Bundestagswahl 2017.
Quelle: Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahr 2019, in: ZParl 2/2020, S. 419–448.

Tabelle 1: Frauen im Bundestag

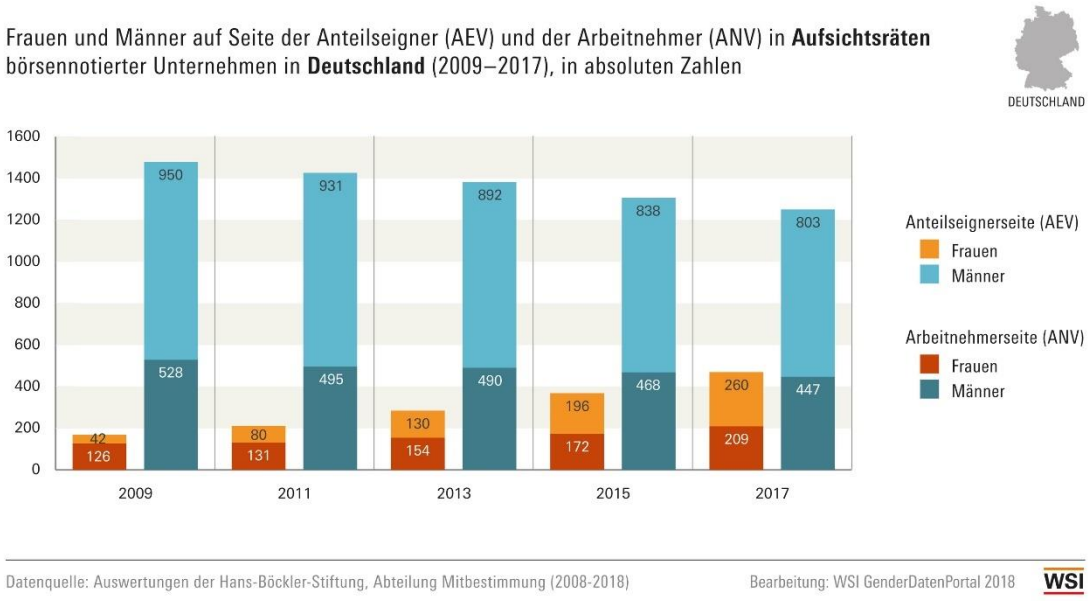
	INSG.	CDU	SPD	AFD	FDP	LINKE	GRÜNE	CSU
MdB insgesamt	709	200	153	94	80	69	67	46
Weibliche MdB	219	41	64	11	19	37	39	8
Anteil weibliche MdB in %	30,9	20,5	41,8	11,7	23,8	53,6	58,2	17,4
Wahlkreis-MdB insgesamt	299	185	59	3	0	5	1	46
Weibliche Wahlkreis-MdB	64	36	16	1	0	2	1	8

Stand: konstituierende Sitzung des Deutschen Bundestages im Oktober 2017; Mitglieder des Bundestages (MdB) nach Partei, für die sie angetreten sind.
Quelle: Bundeswahlleiter.

Der Frauenanteil bei den Professor:innen an deutschen Hochschulen

liegt zwischen 23 Prozent (Sachsen) und 32 Prozent (Berlin).

Frauenanteil in Aufsichtsräten



Geschlechtergerechtigkeit und Pandemie

Eine Zusammenfassung der **sozialen Auswirkungen der Pandemie(-Politik) auf Frauen** in Deutschland hat die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht.[8] Aus der Einleitung:

„So sind Frauen zumeist stärker von Einkommenseinbußen und Kinderbetreuungs-aufgaben, aber auch von häuslicher Gewalt betroffen. Gleichzeitig arbeiten sie aufgrund der geschlechtssegregierten Arbeitswelt häufiger in den als systemrelevant eingestuften Berufen, die in der Regel schlechter bezahlt sind. Für Deutschland prophezeit daher die Soziologin Jutta Allmendinger für die genderspezifischen Auswirkungen der Corona-Pandemie, dass Frauen eine ‚entsetzliche Retraditionalisierung' erleben werden. ‚Ich glaube nicht, dass man das so einfach wieder aufholen kann und dass wir von daher bestimmt drei Jahrzehnte verlieren.' (Allmendinger 2020). Ziel dieses Beitrags ist es, den Umgang mit und

[8] Marlene Haupt, Sandra Hoffmann, Viola Lind: Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück? Corona in Deutschland aus der Genderperspektive, Ein Überblick über verfügbare Fortschungsergebnisse, Berlin 2020. http://library.fes.de/pdf-files/dialog/17120-20201222.pdf

die Lösungsansätze zur Bewältigung der Corona-Krise aus der Gleichstellungsperspektive zu beleuchten.“

Das Weltwirtschaftsforum veröffentlichte im März 2021 eine Studie, der zu folge die Gleichberechtigung von Frauen in der Corona-Pandemie um Jahrzehnte zurückgeworfen werde. Erst in 136 Jahren könne man eine Gleichstellung erleben. Auch Deutschland schneidet dabei schlecht ab. Die Daten sind nützlich; die Prognose nicht, denn sie geht von einem unrealistischen Weiter-So des globalen Kapitalismus aus.[9]

[9] https://www.weforum.org/reports/global-gender-gap-report-2021